



19. ordentlicher Gewerkschaftstag in Hamburg

Alle Fotos: Kristina Jentzsch

»Wir sind eine Welt«

»Die Gewerkschaftsbewegungen auf der ganzen Welt verbindet der Kampf und der Einsatz gegen Unterdrückung, Folter und Krieg«, sagte Jürgen Peters, Zweiter Vorsitzender der IG Metall, in seiner Eröffnungsrede. Gewerkschafter seien deshalb oft selbst Zielscheibe von Gewalttaten. Jedes Jahr würden mehr als 300 ermordet, fast 2000 gefoltert, weitere 5000 inhaftiert.

DGB-Vorsitzender Dieter Schulte beklagte, dass die Menschen in der Zweiten und Dritten Welt schon heute Opfer eines ungezügeltten Wettbewerbs seien. »Die demokratischen Rechte können auf Dauer nur gesichert werden, wenn sie sozial untermauert sind.«

Unter der Moderation der Schauspielerinnen und Autorinnen Renan Demirkan berichteten Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter aus Korea, Mexiko, Indien, Serbien, dem Kosovo, Südafrika und Panama, wie Gewerk-

Die künftige Tarifpolitik, das Bündnis für Arbeit und die Rente mit 60 standen im Mittelpunkt der Debatten, Anträge und Entschlüsse.

Auf der Eröffnungsveranstaltung setzte die IG Metall ein Zeichen der internationalen Solidarität.

schaftsrechte in ihren Ländern missachtet werden. »Kämpfen wir gemeinsam dafür, dass die Geschichte der Menschen nicht mit der Globalisierung der Wirtschaft endet«, forderten sie.

Jürgen Peters appellierte an die Bundesregierung, endlich Arbeit und soziale Gerechtigkeit in den Vordergrund ihres Handelns zu stellen. Dann würden sich die Arbeitnehme-

rinnen und Arbeitnehmer auch nicht mehr von der Politik abwenden. Zugleich forderte er das Parlament auf, wieder ein »vollwertiges Streikrecht« herzustellen. »Das wäre ein guter Start in die Berliner Republik.«

Dem Gewerkschaftstag wünschte er, dass er seinem Motto gerecht wird und zu einem Kongress des »Aufbruchs ins neue Jahrhundert« wird. ◀

»Zuerst die Arbeitslosigkeit bekämpfen«

Bilanz und Ausblick - die Berichte der geschäftsführenden Vorstandsmitglieder

Klaus Zwickel Erster Vorsitzender



► Ein Jahr nach dem Regierungswechsel kritisierte Zwickel die rot-grüne Koalition. Sie sei »zuallererst zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, nicht der Staatsverschuldung« gewählt worden. Die Abkop-

pelung der Rente von den Nettolöhnen der Arbeitnehmer widerspreche der Koalitionsvereinbarung. »Es war und bleibt falsch, die Rentenreform mit dem Sparhaushalt 2000 zu verknüpfen.« Wer soziale Gerechtigkeit wolle, dürfe den Haushalt nicht in erster Linie auf Kosten der Renten und zu Lasten der Sozialversicherungsbeiträge für Arbeitslose konsolidieren. »Er muss zuerst die Vermögenseinkommen, die Investmentdepots und die Spekulationsgewinne der Reichen heranziehen.« Zwickel sagte, dass für die IG Metall »ein Ausstiegsmodell mit 60« der entscheidende Hebel für eine langfristige Tarifpolitik sei. ◀

Jürgen Peters Zweiter Vorsitzender



► Weil die hohe Produktivität viele Arbeitsplätze vernichte, führe kein Weg daran vorbei: »Wir müssen, wir werden den weiteren Weg der Verkürzung der Arbeitszeit gehen müssen.« Auf Marktmechanismen zu hoffen bewirke nur noch mehr Arbeitslose. Das sei nach 16 Jahren Kohl-Regierung klar. Die Arbeitgeber entzögen ihre Gewinne der Gesellschaft, statt sie in Arbeit zu investieren. Peters erinnerte, dass »die Gegner der Arbeitszeitverkürzung« aufrüsten. Sonntagsarbeit sei wieder flächendeckend geplant. Lediglich die französische Regierung verkürze die Arbeitszeit unbeirrt und habe damit be-

reits 100 000 Arbeitsplätze geschaffen. Peters: »Mir wäre es lieber gewesen, Bundeskanzler Schröder hätte mit Jospin ein Papier gemacht statt mit seinem britischen Kollegen Blair.« ◀

Bertin Eichler Hauptkassierer



► »Die IG Metall ist handlungsfähig, und sie ist streikfähig. Das ist die wichtigste Botschaft«, teilte Eichler den Delegierten mit. In den vergangenen vier Jahren habe sich die Bilanz aus Einnahmen und Aus-

gaben aufgrund umfangreicher Sparmaßnahmen verbessert. Wies der IG Metall-Kassenbericht 1995 noch ein Defizit von 65 Millionen Mark auf, stünden dieses Jahr nur noch 30 Millionen Mark an. Für das Jahr 2001 werde ein ausgeglichenes Ergebnis angestrebt. Besonderes Augenmerk richtete Eichler auf die Mitgliederentwicklung: Die IG Metall habe seit 1995 rund 240 000 Mitglieder verloren. Daher sei die Gewinnung von Neuen eine Kernaufgabe. Erste Ansätze liefere die Kampagne »Ich gewinne Mitglieder«: Seit März 1998 hätten 1300 Einzelwerber und 270 Werbeteams rund 36 000 neue Mitglieder gewonnen. ◀

Gudrun Hamacher



► »Eine Arbeitszeitpolitik, die für Frauen und Männer Brücken baut zwischen den Welten Familie und Arbeit«, forderte Hamacher. Per Gesetz müsse die Gleichstellung in den Betrieben verwirklicht werden. Die rot-grüne Bundesregierung ignoriere ihre Vereinbarungen im Koalitionsvertrag. Insbesondere ostdeutschen Frauen würde jegliche Perspektive genommen. »Gut ein Jahr ist

es her, da wurde uns ein neuer Aufbruch in der Frauenpolitik versprochen«, erinnerte Hamacher die Delegierten, »spürt ihr was davon? Ich jedenfalls nicht.« ◀

Karin Benz-Overhage



► »Unternehmermacht braucht Gegenmacht«, forderte Benz-Overhage. Deshalb gelte es, die Mitbestimmungspraxis unter den veränderten ökonomischen Bedingungen auszubauen. Die Bundesregie-

rung habe zwar zugesagt, Betriebsverfassungsgesetz und Mitbestimmung zu verbessern. »Aber niemand wird sich der Illusion hingeben, da würde uns was geschenkt werden.« Die Arbeitgeber hielten Mitbestimmung für überholt. Es sei fraglich, ob die Regierung die Kraft habe, Arbeitnehmerinteressen dagegen durchzusetzen. ◀

Siegfried Bleicher



► Dass erneut 175 000 Jugendliche keine Lehrstelle fänden, sei ein Skandal. Deshalb bekräftigte Bleicher: »Wer nicht ausbildet, muss zahlen«. Die Anzahl der Teilnehmer an den Bildungsseminaren der IG

Metall sei gestiegen: von 16 000 im Jahr 1995 auf 23 000 im vergangenen Jahr. In Zukunft müsse die politische Bildungsarbeit noch ausgedehnt werden. Sie befähige die Menschen, sich einzumischen. Denn »wir wissen alle, welch geringen Stellenwert politische Bildung in unserem Bildungssystem hat.« ◀

Horst Schmittenner



► »Wenn die Koalition so weitermacht, werden ihre Wahlergebnisse bald unter unseren Tarifabschlüssen liegen«, mahnte Schmittenner. Insbesondere die Rentenreform sei ein »Programm zur Entlastung der



Arbeitgeber. Das mag modern nennen wer will, ich halte das für reaktionär.« Das Bündnis für Arbeit sei von einem Durchbruch weit entfernt. Es bestehe die Gefahr, dass die Arbeitgeber es für niedrige Lohnabschlüsse missbrauchten. »Wenn das die Perspektive ist, sollten wir die Konsequenzen ziehen.« ◀

Erwin Vitt



► »Obwohl Rot-Grün regiert, müssen wir uns immer noch schwarz ärgern«, klagte Vitt angesichts des Lehrstellenmangels. Nach wie vor gelte: Wer nicht ausbildet, muss zahlen. Jugendliche bräuchten Alternativen zur »kapitalistischen Marktgesellschaft. Immerhin bestehe die Gefahr, dass sie »nach rechts abdriften«. Wenn die IG Metall konkret erfahrbar sei, wäre sie für die Jugend

attraktiv. So habe trotz aller Schwierigkeiten die Zahl der in die IG Metall aufgenommenen Jugendlichen zugenommen. ◀

Joachim Töppel



► Seit dem Jahr 1995 seien fast 50 000 Angestellte in die IG Metall eingetreten. Aber der Anteil neuer, gewerkschaftsfreier Unternehmen wachse. Insbesondere im Bereich Telekommunikation sei Gewerkschaftsarbeit schwierig wie das »Bohren dicker Bretter«. Erfreulich entwickle sich die gewerkschaftliche Senioren- und Erwerbslosenarbeit. Viele Verwaltungsstellen setzten Senioren oder Erwerbslose in den Wohnbereich ein.

chen ein. Denn dort lebten rund 900 000 Mitglieder, die über die Betriebe nicht mehr zu erreichen seien. ◀

Manfred Schallmeyer



► Die rund 170 000 »Textiler« hätten schon in der ersten Tarifrunde vom »Schwung der großen IG Metall« profitiert, berichtete Schallmeyer. Für die Zukunft setze er sich zum Ziel, in jedem Textilbetrieb mit Betriebsrat »die gewerkschaftliche Mehrheit zu erringen«. Denn die Stärke einer Gewerkschaft hänge vor allem davon ab, wie stark sie im Betrieb verankert sei. Große Sorge bereite die Globalisierung. »Die Eroberung von Märkten auf Kosten der Umwelt, der Wettbewerb mit Kinderarbeit und die Missachtung von Menschenrechten hat mit Freiheit nichts zu tun.« ◀

»Wo bleibt der Politikwechsel?«

Kritik an der Bundesregierung und die Rentenpolitik waren Schwerpunkte in der Aussprache zu den Geschäftsberichten.



Wolfgang Helms, Duisburg

»Kollege Zwickel, die Forderung nach der Rente mit 60 hört sich sehr gut an und mag auch kurzfristig eventuell Erfolg haben. Aber ich verstehe nicht, warum Du im Bündnis für Arbeit Deine Kraft nicht für die Verbesserung der Altersteilzeit einsetzt. Das wäre nach meiner Meinung beschäftigungseffektiver als die Rente mit 60.«

Sabine Rothbart, Berlin

»Die Verhandlungen für einen gemeinsamen Entgelttarifvertrag befinden sich in den Bezirken auf sehr unterschiedlichem Stand. Gerade aus diesem Grund müssen Bedingungen geschaffen werden, die ein gemeinsames Vorgehen ermöglichen. Für die Zukunft brauchen wir einen Entgelttarifvertrag, der Diskriminierungen jeglicher Art ausschließt.«

Werner Baeumler, Weilheim

»Chancen im wirtschaftlichen Wandel hatten bisher nur die Arbeitgeber, und die haben sie ri-

goros genutzt. Und was haben wir mit unseren Chancen gemacht? Wir haben uns die Produktivitätssteigerungen nicht in Form von entsprechenden Lohn erhöhungen zurückgeholt. Wir haben die Arbeitszeiten trotz hoher Produktivitätszuwächse nicht entsprechend verkürzt. Das heißt für mich, dass die IG Metall wieder mehr ihre Schutz- und Gestaltungsfunktion im Interesse der Arbeitnehmer wahrnimmt, sich im Verteilungskampf das holt, was zu holen ist. Dann wird die IG Metall wieder eine Gewerkschaft werden, die es nicht nötig hat, Bündnisse mit Arbeitgebern und konservativen Politikern einzugehen.«

Jürgen Hesse, Stuttgart

»Seit einigen Wochen steht die Rente mit 60 zur Diskussion. Meines Erachtens stehen dem aber die tariflichen Handlungsspielräume entgegen, die



»Jugendarbeitslosigkeit ist nicht durch Subventionen und Selbstverpflichtungen zu bekämpfen, sondern nur mit einer gesetzlichen Umlagefinanzierung«

Marko Röhrig, Remscheid-Solingen

wir für unsere gesamte Mitgliedschaft, für alle Beschäftigten benötigen. Ich hätte mir in der Rentendebatte gewünscht, dass statt kurzatmiger Auseinandersetzungen ein langfristiges Rentenkonzept erkennbar würde.«

Peter Mosch, Ingolstadt

»Wir müssen es schaffen, die IG Metall-Jugend als Mitmach-Organisation für Jugendliche attraktiv zu halten und immer wieder zu erneuern. Die Kampagnen ›Deine Einstellung zählt‹ und ›Wer, wenn nicht wir‹ waren sehr erfolgreich. Da ist sehr deutlich geworden, dass die Jugend sehr wohl für politische Themen zu engagieren ist. Ich glaube nicht, dass die Jugend politikverdrossen ist, sondern man sollte sich die Frage stellen: Ist nicht vielleicht die Politik jugendverdrossen?«

Wolfgang Erdmann, Hamburg

»Was ist denn für die IG Metall das zentrale Mittel, um politischen Einfluss zu nehmen? Ist es das Bündnis für Arbeit? Die Gewerkschaften werden die Gesellschaft, egal unter welcher Regierungskonstellation, nur dann positiv verändern, wenn sie unter dem Selbstverständnis der Gegenmacht gegen das große Kapi-

tal eigenständig ihre gewerkschaftlichen Forderungen aufstellen, dafür wirkliche Bündnispartner in der Bevölkerung gewinnen.«

Martin Weiss, Frankfurt

»Als Betriebsräte bei Siemens-Nixdorf haben wir seit Anfang der 90-er Jahre für die Position geworben, dass wir als IG Metall in der Branche Informations- und Technologieindustrie so stark werden müssen, dass wir selbst in der Lage sind, die Tarifbindung in unseren Firmen zu erhalten. In allen Gesellschaften, die jetzt aus Siemens-Nixdorf ausgegründet wurden, sind die Tarifstandards der Metall- und Elektroindustrie nicht weiter angetastet worden. Das ist keine Sache, die Anfang der 90-er Jahre in diesem Bereich selbstverständlich war.«

Otto König, Hattingen

»Natürlich nehmen wir zur Kenntnis, dass die rot-grüne Bundesregierung einige Gemeinheiten der Vorgängerregierung zurückgenommen hat. Doch unter dem massiven Druck

der Arbeitgeber und Wirtschaftsverbände stellt eine Koalition von grünen Yuppies und modernistischen Zeitgeist-Surfern in der SPD die Weichen für eine Gegenreform. Das Kernstück ist die Sparpolitik des neuen Finanzministers. Wieder werden Haushaltslöcher auf Kosten der Ärmsten gestopft.«

Jens Brüggemann, Bremen

»Die IG Metall-Jugend hat nach wie vor die Vision einer gerechteren und solidarischeren Welt. Wir sind eben nicht generell auf dem Weg in die absolute Individualisierung, wie es im Geschäftsbericht anklingt. Wir brauchen die Möglichkeit zur Mitsprache und Mitgestaltung. Ansonsten befürchte ich, dass

»Wir müssen bei einer eigenständigen Tarifpolitik bleiben und nicht so sehr auf die Regierung, sondern wieder mehr auf die eigene Kraft bauen«

Cornelia Gramm Hanau

der Altersdurchschnitt des nächsten Gewerkschaftstags bei etwas über 50 liegt.«

Klaus Ernst, Schweinfurt

»Ich hatte eine andere Vorstellung von Politikwechsel als das, was wir bisher erlebt haben. Kaum war die Wahl erledigt, war vergessen, für was man vor der Wahl eingetreten ist. Wenn es uns als Gewerkschaften nicht gelingt deutlich zu machen, wir sind nach wie vor für das, wofür wir vor einem Jahr eingetreten sind, dann werden die Kolleginnen und Kollegen in den Betrieben

möglicherweise sagen: Freunde, wie ist das denn so mit der Glaubwürdigkeit von Euch?«

Wolfgang Schuler, Saarbrücken

»Wir sollten die jetzige Regierung nicht schonen. Wir haben auch die Kraft und die Macht, hier zu demonstrieren, dass wir eine Kampforganisation sind und diese Politik der Regierung, wo es nötig ist, verurteilen.«

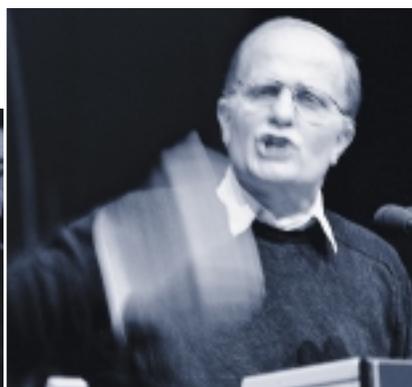
Renate Voß, Rostock

»Ich bin eine von sieben arbeitslosen Delegierten. Mir brennt auf der Seele, dass das Thema ABM und ihre Bezahlung weder in den

Anträgen und Entschlüssen noch in den Berichten des Vorstands eine nennenswerte Rolle gespielt hat. Aus den Anträgen geht jedenfalls kaum hervor, dass man sich um uns Sorgen macht. Ein einziger Antrag verlangt konkret: Wiedereinführung des hundertprozentigen Tarifentgelts bei ABM-Beschäftigten.«

Heribert Reitz, Aschaffenburg

»Wir benennen Ursachen für die mangelnde Bindungswirkung für Arbeitnehmer an die IG Me-



»Nur als Gegenmacht haben wir Erfolg. Wenn wir uns bewegen, können wir auch etwas bewegen«

Jürgen Brandies, Hanau

tall. Andererseits werben wir – ich meine die Werbemittel des Vorstands – mit Versicherungsleistungen. Das passt irgendwie nicht zusammen. Wenn wir eine konfliktfähige Interessenvertretung bleiben wollen, müssen wir mit den gewerkschaftlichen solidarischen Leistungen werben, also auch mit den Leistungen unserer Kolleginnen und Kollegen in den Betrieben.«

Werner Moritz, Berlin

»Wir haben in Berlin durch Aktionen mit dazu beigetragen, dass die Bundesregierung gewechselt hat. In der Hoffnung, dass die Renten sicherer sind, wie es der Blüm schon einmal versprochen hatte. Jetzt haben wir den Vergleich. Jede Woche wird eine neue Sau durchs Dorf getrieben mit immer neuen Tatarenmeldungen. Zum Schluss heißt es sogar, dass die kleinen Renten besteuert werden sollen. Der Generationenvertrag ist nicht nur unser Anliegen als Rentner, sondern eigentlich das Anliegen aller Beschäftigten.«

Jan Heinrich, Ludwigshafen-Frankenthal

»Ich habe die Aufgabe, über die vorgesehene Schließung einiger DASA-Werke und die falsche Politik für die Luft- und Raumfahrt-

industrie zu berichten. Ich komme aus dem damaligen Werk in Speyer. Heute spricht hier nicht ein Vertreter der Arbeitsloseninitiative Speyer, sondern nach wie vor der Vertrauenskörperleiter dieses Werks. Ohne die klassische Art der Vertrauensleutearbeit hätten wir nicht überlebt. Deshalb sage ich: Wer Hand an die Vertrauensleutearbeit legt, killt die Basis unserer gewerkschaftlichen Arbeit.«

Guido Lesch, Völklingen

»Es gibt bundesweit vielfältigste Beispiele, wie man erfolgreich durch gewerkschaftliches Handeln Arbeitsplätze und Standorte sichert. Mit Beschäftigungs- und Qualifizierungsgesellschaften gibt es bundesweit positive, aber auch negative Erfahrungen. Wir brauchen eine intensive Debatte über Stellenwert, Funktion, Inhalt und Perspektive dieser Gesellschaften.«

Heribert Fieber, München

»Wenn wir als IG Metall Angestellte werben wollen, dürfen wir nicht zufrieden sein, so wie wir sind. Sondern wir müssen von außen schauen, wie wir auf an-



dere wirken. Wenn wir uns im Angestelltenbereich nicht aufstellen und nicht sichtbar als Angestellte auftreten, dann werden wir als Gewerkschaft im Angestelltenbereich überhaupt nicht mehr vertreten sein. Wodurch wir schließlich alles verlieren, was wir haben. Denn der Tarifvertrag geht dort kaputt, wo wir nicht vertreten sind.«

»Wir fordern die Bundesregierung auf, endlich die Hände aus der Rentenkasse zu nehmen«

Manfred Tuchmann, Dortmund

Günter Güner, Villingen-Schwenningen

»Man kann die Aussetzung der Nettolohnanpassung der Renten für zwei Jahre kritisieren. Gerhard Schröder hat im Februar etwas anderes gesagt als jetzt. Aber man kann nicht an den faktischen Problemen vorbei diskutieren. Vor allem erwarte ich von der IG Metall, dass sie nicht mit platten Sprüchen daher kommt, wenn wir als IG Metall in der So-

zialpolitik ernst genommen werden wollen. Die Nettolohnanpassung hat in den letzten acht Jahren dazu geführt, dass die Anpassung der Renten während sechs Jahren unterhalb der Inflationsrate lag.«

Carsten Wittkowski, Magdeburg

»Jugendarbeit beginnt in der Verwaltungsstelle. Was aber, wenn der Jugendsekretär keine Zeit hat, weil er mit anderen Belastungen vollgestopft ist? Erfolge in der Jugendarbeit sind dort zu verzeichnen, wo aktive Jugendsekretäre ihre Arbeit leisten. Ich bitte Euch, bei unseren Anträgen zur Jugendarbeit entsprechend zu reagieren.«

Hans-Peter Wieth, Herborn

»Wir haben weder sechs Wochen Lohnfortzahlung noch die Arbeitszeitverkürzung mit guten Argumenten allein oder mit Gesprächen erreicht. Wenn aus den Bündnisgesprächen nichts herauskommt als das ›Weiter so‹, dann sollten wir uns aus diesen Runden verabschieden und dorthin gehen, wo wir hingehören – auf die Straßen und Plätze und in die Betriebe.«





Die Neuwahlen

Am zweiten Tag des Kongresses wählten die Delegierten den neuen Vorstand.

Klaus Zwickel wurde mit 87,7 (1995: 92,4) Prozent der Stimmen als Erster Vorsitzender bestätigt. Jürgen Peters, der Ende letzten Jahres auf dem außerordentlichen Gewerkschaftstag mit 89,7 Prozent zum Zweiten Vorsitzenden gewählt wurde, bekam 77,4 Prozent der Stimmen. Mit 94,2 Prozent erreichte Bertin Eichler als Hauptkassierer die höchste Zustimmung der Delegierten.

Die Ergebnisse der sechs weiteren geschäftsführenden Vorstandsmitglieder:

► Karin Benz-Overhage: 73,7 (1995: 88,6) Prozent ► Wolf Jürgen Röder: 71,2 Prozent ► Kirsten Rölke: 84,6 Prozent ► Manfred Schallmeyer: 79,7 Prozent (bisher kooptiertes Vorstandsmitglied im Zuge der GTB-Integration) ► Horst Schmitthener: 66,7 (77,8) Prozent ► Erwin Vitt: 66,7 (59,5) Prozent.

Siegfried Bleicher, seit 1986 geschäftsführendes Vorstandsmitglied, kandidierte nicht mehr. Er geht in den Ruhestand. Gudrun Hamacher und Joachim Töppel traten nicht mehr zur Wahl an. Hamacher übernimmt neue Aufgaben beim Internationalen Metallgewerk-

schaftsbund in Genf; Töppel wird Beauftragter der IG Metall für Ostdeutschland und Osteuropa. Durch Satzungsänderung wurde festgelegt: Ab dem Gewerkschaftstag 2003 soll die Zahl der geschäftsführenden Vorstandsmitglieder auf sieben verringert werden.

Die neuen Geschäftsführenden



► Kirsten Rölke, 50, Flensburgerin, war 15 Jahre lang Erste Bevollmächtigte in ihrer Heimatstadt. Die Industriekauffrau war nach dem Studium (1. Staatsexamen Haupt- und Realschullehrerin) Gewerkschaftssekretärin in Elmshorn und im Bezirk Küste. SPD-Mitglied.



► Wolf Jürgen Röder, 52, geboren in Wuppertal, studierte Jura und Politik. Seit 1976 ist er für die IG Metall tätig; zunächst als Schwerpunktsekretär im Bezirk Baden-Württemberg, seit 1984 als Erster Bevollmächtigter in Reutlingen.

Die Ehrenamtlichen

Die Zahl der ehrenamtlichen Vorstandsmitglieder wurde auf 29 erhöht.

Gewählt wurden aus dem **Bezirk Stuttgart**: Walter Bauer, Marianne D'Agnano, Helmut Lense, Marianne Lutz, Jürgen Stamm; **Bezirk Bayern**: Gerd Korsawe, Elisabeth Kuhn, Gerd Lobodda, Günther Schachner; **Bezirk Brandenburg-Sachsen**: Karla Birkmann, Arno Hager, Carsten Krauß; **Bezirk Hannover**: Claus Matecki, Klaus-Dieter Salewski, Klaus Volkert; **Bezirk Frankfurt**: Heidrun Dörfler, Ulrich Meßmer; Walter Vogt, Reinhold Wirtz; **Bezirk Küste**: Rüdiger Klein, Wolfgang Mädler, Ingrid Silberborth; **Bezirk Nordrhein-Westfalen**: Heinz Göge, Dieter Hinkelmann, Karl-Heinz Niermann, Georg Keppeler, Otto König, Dieter Kroll, Otto Schütte.

Der Kontrollausschuss

Walter Kaufmann (Hannover) übernimmt den Vorsitz, Johannes Müllner (Küste) ist sein Stellvertreter. Die weiteren Mitglieder: Ernst Eisenmann (Baden-Württemberg), Erwin Göbelein (Bayern), Dieter Knaack (Brandenburg-Sachsen), Karl Kronawitter (Frankfurt), Hans Hirsch (Nordrhein-Westfalen).

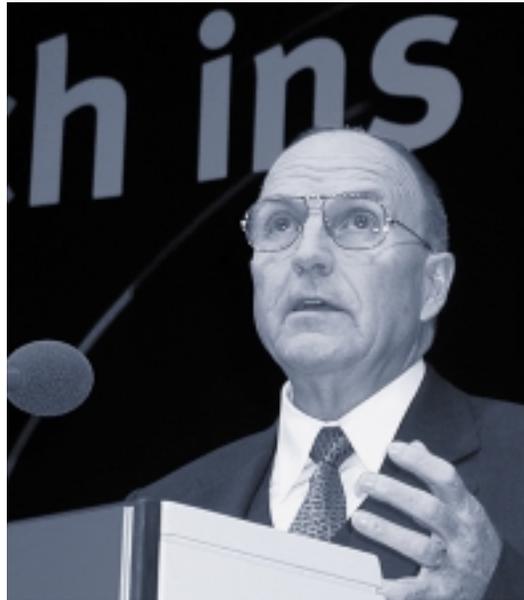
Gegen die Götzen »Markt« und »Wettbewerb«

In seinem Grundsatzreferat zeichnete der wiedergewählte Erste Vorsitzende Klaus Zwickel die Umriss einer Zukunftsvision. metall dokumentiert Auszüge aus seiner Rede und der Diskussion.

»Die Menschen lehnen es zu Recht ab, »Markt« und »Wettbewerb« zu Götzen des nächsten Jahrhunderts zu machen. Sie haben ein feines Gespür und wissen: »Markt pur« ist sozial blind und ökologisch verantwortungslos. Sie spüren, der Mensch wird immer mehr zum Kostenfaktor – Lebensqualität bringt keine Dividenden.

Wir brauchen neue Antworten angesichts technischer Revolutionen, wirtschaftlicher Umbrüche und gesellschaftlicher Änderungen. Wir wollen die Modernisierung der Wirtschaft mit einer sozial gerechten Gesellschaft verbinden. Ich will versuchen, Umriss einer Zukunftsvision zu benennen, Eckpunkte einer Gesellschaftsreform.

Wir wollen erstens eine demokratische Zivilgesellschaft. Sie hat eine politische und ökonomische Seite. Die politische heißt: Krieg ist kein Mittel der Politik. Die Zivilgesellschaft verlangt aber auch den wirksamen Schutz der Menschenrechte. Nicht ökonomische Interessen und politische Willkür dürfen darüber entscheiden, wann und von wem gegen Verletzung von Menschenrechten interveniert wird. Diese Entscheidung muss bei der UNO liegen. Die ökonomische Seite



der Zivilgesellschaft heißt: Vorrang der Politik gegenüber dem Terror der Ökonomie. Die Arbeitgeber- und Wirtschaftsverbände fordere ich auf: Hört endlich auf, Globalisierung zum Druck auf Betriebsräte und zur Erpressung von Belegschaften zu missbrauchen. Tretet gemeinsam mit uns für internationale Regulierung und den Ausbau globaler Mindestbedingungen ein. Das wäre moderne Kooperation, die keinem Unternehmen die Gewinnchancen beschneidet, aber auch allen Arbeitnehmern Vorteile bringen würde.

Das zweite Leitbild ist die innovative Informationsgesellschaft. Die Wissens- und Informationsgesellschaft verlangt, dass an Bildung und Qualifizierung nicht gespart, sondern dafür öffentlich und privat investiert wird. Es ist deshalb falsch, nur dem Einzelnen die Verantwortung für seine berufliche Verwendbarkeit und seine Beschäftigungsfähigkeit zuzumuten. Es liegt nach wie vor in der Verantwortung des Staats und der Unternehmen, Angebote für lebenslange Bildung und Bildungsförderung zu schaffen.

Ich nenne als drittes Leitbild die solidarische Arbeitsgesellschaft. Es zielt auch im nächsten Jahrhundert auf Vollbeschäftigung und sozialstaatliche Verfassung. Ich halte nichts von dem Geschwätz über das Ende der Arbeitsgesellschaft und von vorschnellen Aussagen über die Erosion des Normalarbeitsverhältnisses. Der Gestaltungsauftrag lautet, die Zukunft der Arbeit vorstellbar zu machen. Dafür ergibt sich auch die Antwort für die Attraktivität der Gewerkschaften.

Auch im nächsten Jahrhundert muss der industrielle Kern der Beschäftigung in Deutschland gesichert sein. Wir haben einen Wandel zur Dienstleistungsgesellschaft, auch im Umfeld industrieller Produktion. Er bedeutet aber weder die Abkehr von der Industriegesellschaft noch die Hinwendung zu millionenfacher Niedriglohnbeschäftigung.

Eine neue Zukunftsdebatte muss gesellschaftsverändernd und politikbeeinflussend sein. Sie muss schließlich auch darauf zielen, uns selbst zu verändern, damit auch wir neugierig ins nächste Jahrtausend gehen, damit wir attraktiv bleiben für diejenigen, die heute unsere Mitglieder sind, und attraktiv werden für alle, die wir in Zukunft gewinnen wollen. ◀◀



► **Harald Schartau, Düsseldorf**

»Ich plädiere dafür, uns zunächst darüber zu verständigen, wo die IG Metall eigentlich ihre Zukunft hat, wo sie Mitglieder verliert und wo wir sie wieder zurückgewinnen können. Das ist eindeutig in den Betrieben und in den Verwaltungsstellen.«

► **Alois Süß, Stuttgart**

»Dieses Land braucht eine Renaissance des Staats. Der Staat und die Regierenden müssen wieder den Mut haben, nicht nur die Lohnnebenkosten zu senken, sondern die zur Kasse zu bitten, die zur Finanzierung von solchen Dingen beitragen können. Da bedarf es Mut und politischer Vision.«

► **Manfred Tuchmann, Dortmund**

»Oberstes Gebot bei Tarifverträgen ist und bleibt das Ziel, die Einkommen der abhängig Beschäftigten zu sichern und zu verbessern, sie vor Leistungsverdichtung und Leistungsdruck zu schützen. Wir dürfen den Arbeitgebern nicht ins offene Messer laufen. Sie wollen Tarifschlüsse an den wirtschaftlichen Erfolg der Unternehmen binden. Risikoverlagerung heißt das Zauberwort, das in ihren Köpfen herumgeistert.«

► **Ulli Edelmann, Neustadt**

»Wir leben nicht davon, dass unsere Ziele, unsere Zukunftsperspektiven, Ideen und Forderungen in erster Linie über Medien in die Öffentlichkeit verbreitet werden. Wir leben davon und da-



spektiven, Ideen und Forderungen in erster Linie über Medien in die Öffentlichkeit verbreitet werden. Wir leben davon und da-

durch, dass sich in dieser IG Metall Zehntausende von Männern und Frauen engagieren, die in den Betrieben das persönliche Vertrauen der Kolleginnen und Kollegen haben. Kraft zur Gegenwehr, Mobilisierung für Tarifforderungen und gesellschaftliche Reformperspektiven müssen wir mehr denn je aus den Betrieben heraus entwickeln, wenn wir weiterhin eine handlungsfähige, kämpferische IG Metall bleiben wollen.«

► **Wolfgang Schuler, Saarbrücken**

»Wir werden bei bestimmten Dingen tagtäglich von der Unternehmenseite erpresst. Wenn gefragt wird, welcher Standort ist wirtschaftlicher, unserer oder irgendeiner in Europa oder der Welt. Deshalb ist es ganz wichtig, dass wir versuchen, mehr Mitbestimmung zu erreichen.«

► **Hans-Peter Kurz, Saarbrücken**

»Ich bin der Meinung, dass eine große Herausforderung zum Jahrtausendwechsel die zukünftige Arbeitszeitpolitik der IG Metall ist. Wenn wir in dieser Frage handlungsfähig sind, dann ist das für uns die beste Mitgliederwerbung.«

► **Mathias Möreke, Braunschweig**

»Die Frage, ob wir uns in den nächsten vier Jahren das Thema Arbeitszeitverkürzung auf die Fahne schreiben, sollten wir deshalb mit einem eindeutigen Signal aus Hamburg verbinden, auch und gerade weil wir vor dem Aufbruch ins neue Jahrhundert stehen.«

► **Guntram Schneider, Münster**

»In der Vergangenheit gehörte es eigentlich für einen Gewerkschafter zum guten Ton, auch politisch tätig zu sein. Hier hat eine Veränderung eingesetzt, die uns nichts Gutes gebracht hat.«

► **Edmund E. Worgul, Wolfsburg**

»Die Zusammenballung wirtschaftlicher Macht ist und bleibt eine zentrale Herausforderung für die IG Metall und die Demokratie. Fusionen und Übernahmen prägen immer stärker die Herausbildung wirtschaftlicher Strukturen, die einschneidende Veränderungen und oftmals auch Verschlechterungen für die Belegschaften zur Folge haben.«

Satzungsänderungen

Frauenquote:

Der Gewerkschaftstag beschloss: Frauen müssen künftig in den Organen und Gremien der IG Metall grundsätzlich mindestens entsprechend ihrem Anteil an der Mitgliedschaft vertreten sein. Auf dem Gewerkschaftstag vor vier Jahren hatte der Antrag schon einmal zur Entscheidung gestanden, war aber an drei fehlenden Stimmen gescheitert. Auch jetzt gab es noch Kritikerinnen – wie Christa Becker aus Dresden (»Ich möchte keine Quotenfrau sein«). Klaus Zwickel erinnerte daran, dass trotz aller Absichtserklärungen Frauen in der IG Metall bisher nicht angemessen berücksichtigt wurden. Es sei notwendig, den Druck zu erhöhen.

Verwaltungsstellen:

Die Starken helfen den Schwachen. Durch einen neuen Verteilungsschlüssel werden die Verwaltungsstellen finanziell gestärkt – zum Beispiel die, in denen viele Mitglieder arbeitslos sind. Künftig erhalten alle Verwaltungsstellen einen jährlichen Sockelbetrag von 520 000 Mark. Außerdem behalten alle 20 Prozent der Einnahmen ihrer Vollbeitragszahler. Verwaltungsstellen, deren Anteil an Rentnern und Arbeitslosen über dem Bundesdurchschnitt liegt, erhalten einen höheren prozentualen Anteil von deren Beiträgen.



Debatte über die Tarifpolitik

Der Gewerkschaftstag verabschiedete acht EntschlieÙungen über die zukünftige Arbeit der IG Metall. Am intensivsten war die Debatte über die Tarifpolitik.

Unstrittig war dabei das Thema Einkommenssicherung. Unstrittig war auch, dass generelle Arbeitszeitverkürzungen ein wichtiges Mittel bleiben, um Arbeitsplätze zu sichern und neue zu schaffen. Strittig war, ob die 32-Stunden-Woche jetzt schon in den Forderungskatalog aufgenommen werden soll – auch vor dem Hintergrund, dass in Baden-Württemberg die Durchsetzung eines gemeinsamen Entgelttarifvertrags für Arbeiter und Angestellte ein tarifpolitisches Nahziel ist.

Ein Teil der Delegierten favorisierte bei der Arbeitszeitverkürzung: Erst die 35-Stunden-Woche stabilisieren und in allen Organisationsbereichen der IG Metall durchsetzen sowie der Leistungsverdichtung Grenzen setzen.

Nach einer ausführlichen Diskussion verabschiedete der Gewerkschaftstag nahezu einstimmig die EntschlieÙung zur Tarifpolitik. Der Kompromiß: Die 32-Stunden-Woche ist eine Option auf dem Weg weiterer Arbeitszeitverkürzungen; ausdrücklich ist aber auch festgehalten: Voraussetzung für jede weitere

generelle Arbeitszeitverkürzung ist die breite Zustimmung seitens der Mitglieder. Und: Die Durchsetzung eines gemeinsamen Entgelttarifvertrags für Arbeiter und Angestellte bleibt wichtiges tarifpolitisches Ziel.

Diskussionen auch über das Thema kürzere Lebensarbeitszeit. Das Ergebnis: Die IG Metall setzt sowohl auf die »Rente mit 60« als auch auf eine verbesserte Altersteilzeit.

Ein Antrag des Jugendausschusses wurde nach kontroverser Debatte über das Thema »Arbeitszeitverkürzung für Auszubildende« als Material an den Vorstand überwiesen.

Alle Vorschläge der IG Metall sollen als Kernpunkte einer neuen arbeitspolitischen Initiative innerhalb der IG Metall, mit den DGB-Gewerkschaften und in der Öffentlichkeit diskutiert werden.

Die wichtigsten Forderungen zur Arbeitszeit- und Entgeltpolitik in EntschlieÙung 3:

Tariflöhne und -gehälter

sollen auch zukünftig unabhängig von konjunkturellen und betrieblichen Entwicklungen der Mindeststandard für die Entgelte der abhängig Beschäftigten sein. Um dies zu sichern, müssen die Tarifverträge qualitativ weiterentwickelt werden. Dazu gehört:

- ▶ Es soll diskutiert werden, ob Gewinnbeteiligung ein tariflicher Einkommensbaustein sein kann,
- ▶ Eingruppierungen und Leistungslöhne müssen an die veränderte Arbeitswelt angepasst werden. Neue Entgelttarifverträge sind daher ein wichtiges Ziel,
- ▶ gemeinsame Entgelttarifverträge für Arbeiter und Angestellte sind unverzichtbar,
- ▶ vorrangige Aufgabe bleibt die Angleichung der Ost- an die Westeinkommen,
- ▶ die IG Metall lehnt es ab, in Entgelttarifverträge Öffnungsklauseln aufzunehmen, die Betriebsräte dem Erpressungsdruck der Arbeitgeber aussetzen.

Arbeitszeitverkürzung

– in welcher Form auch immer – hat auch in Zukunft einen hohen Stellenwert. Voraussetzung für jede weitere generelle Arbeitszeit-



IG Metall SympathieSHOP

Die Armbanduhr zum Gewerkschaftstag

▶ Ein Teil der auf 1200 Stück limitierten und nummerierten Auflage der Uhr zum 19. Ordentlichen Gewerkschaftstag wird nun zum Stückpreis von 59 Mark zuzüglich 10 Mark Versandkostenpauschale für den öffentlichen Verkauf freigegeben.

▶ Die Quarz-Uhr: Gehäuse Messing, palladiumbeschichtet, Boden Edelstahl, nickelfrei, wasserdicht, Mineralglas, Kalbslederarmband, Krone mit IGM-Logo, Made in Germany, ein Jahr Garantie.



▶ Bestellungen (in der Reihenfolge des Eingangs) und weitere Infos unter der Hotline des IG Metall SympathieSHOPS: 06 131 - 5 83 83-55



verkürzung ist die breite Zustimmung seitens der Mitglieder. Insbesondere im Angestellten- und Zeitlohnbereich wurde Arbeitszeitverkürzung zu einer teilweise unzumutbaren Leistungsverdichtung missbraucht und so der Aufbau von neuen Arbeitsplätzen unterlaufen. Zudem setzen die Arbeitgeber in vielen Betrieben zunehmend eine Verlängerung der tatsächlichen Arbeitszeit durch. Diese Erfahrungen müssen in der Arbeitszeitpolitik berücksichtigt werden.

Die IG Metall konzentriert sich auf folgende Ziele:

- ▶ Weitere generelle Arbeitszeitverkürzung bei vollem Entgelt- und Personalausgleich. Dies gilt sowohl für die Wochenarbeitszeitverkürzung (30- oder 32-Stunden-Woche) als auch für die Jahresarbeitszeit (1400 Stunden im Jahr) alternativ oder in Kombination.
- ▶ Angleichung der Wochenarbeitszeit auch in den neuen Bundesländern an die 35-Stunden-Woche,
- ▶ Absenkung der Arbeitszeit in der Textil- und Bekleidungsindustrie sowie im Handwerk,
- ▶ kürzere Arbeitszeit für besonders belastete Beschäftigte,
- ▶ tarifliche Regelungen zur Begrenzung von Arbeitszeitkonten,
- ▶ Arbeitszeit der sogenannten 40-Stünder (18- und 13-Prozent-Regelungen in den Tarifverträgen) verkürzen,
- ▶ tarifliche Mitsprache- und Mitbestimmungsrechte für Betriebsräte in Fragen der Leistungsabforderung,
- ▶ Mehrarbeit begrenzen,
- ▶ das freie Wochenende sichern,
- ▶ Teilzeitarbeit fördern,
- ▶ die Lebensarbeitszeit verkürzen.

Von der Bundesregierung fordert die IG Metall gesetzliche Rahmenbedingungen, um die Rente mit 60 für langjährig Versicherte zu ermöglichen und /oder ein verbessertes Altersteilzeitgesetz. Die Arbeitgeber werden aufgefordert, mit der IG Metall Tarifregelungen zu treffen, damit Arbeitnehmer mit 60 ohne Abschläge aus dem Arbeitsleben ausscheiden können.

Leistungs- und Qualifizierungspolitik

Die betrieblichen Reorganisationsstrategien der Arbeitgeber dienen heute fast ausschließlich den Gewinninteressen der Aktionäre. Höhere Effizienz und zugleich höhere Eigenverantwortung ist mit teilweise drastischer Leistungsverdichtung verbunden. Diesen Managementstrategien hat die IG Me-



tall mit dem Vorschlag der »Tarifreform 2000« ein zukunftsweisendes Konzept in der Leistungs- und Qualifizierungspolitik entgegengesetzt. Die Forderungen sind:

- ▶ Tarifnormen über zumutbares Leistungspensum und Mitbestimmung bei der Personalbemessung,
- ▶ gesicherte Mitbestimmungs- und Beteiligungsrechte für Betriebsräte, Vertrauensleute und Beschäftigte anstelle von unternehmerischer »Scheinbeteiligung«,
- ▶ tariflich gesicherter Anspruch auf Qualifizierungszeiten.

+ + Diskussion + + +

Arbeitszeitverkürzung, gemeinsamer Entgelttarifvertrag, 32-Stunden-Woche – wie soll es weitergehen? metall dokumentiert Auszüge aus der Diskussion.

Jürgen Peters, Zweiter Vorsitzender

»Ich weiß auch, eine Mark kann man nur einmal ausgeben. Entweder dafür (gemeinsamer Entgelttarifvertrag/die Redaktion) oder für den Weg weiterer Arbeitszeitumverteilung. Ich bin dafür, unseren eingeschlagenen Weg der Beschäftigungspolitik fortzusetzen. Wir müssen hier weiterkommen und überlegen, wie wir trotzdem bei dem gemeinsamen Entgelt auch richtige Schritte in Gang bringen.«

Herbert Kasperek, Ulm

»Das entscheidende Akzeptanzproblem für unser Argument »Arbeitszeitverkürzung schafft Arbeitsplätze« ergibt sich aus den fehlenden Eingriffsmöglichkeiten, um die Leistungsverdichtung für Zeitlöhner und Angestellte zu beherrschen. Wir müssen die Voraussetzungen schaffen, dass die weitere Arbeitszeitpolitik tatsächlich die angestrebte Arbeitsplatzwirkung erreichen kann.«

Dirk Windmüller, Salzgitter

»Wir haben für 100 000 Beschäftigte bei VW einen Tarifvertrag, der eine festgeschriebene



Wochenarbeitszeit von 28,8 Stunden hat. Dadurch wurden damals Zigtausende von Entlassungen verhindert, und das hat mittlerweile wieder zu Einstellungen geführt. Arbeitszeitverkürzung bleibt das entscheidende beschäftigungspolitische Instrument.«

Walter Vogt, Neuwied

»Zu Arbeitszeitkonten ist nichts weiterentwickelt worden, da ist nichts gemacht worden. Deshalb müssen wir das regeln. Aber das ist völlig unabhängig davon, wie lang die durchschnittliche Wochenarbeitszeit in den Betrieben ist. Das Problem werden wir immer haben. Deshalb bin ich dafür, dass wir uns auf diesem Gewerkschaftstag nicht von der Verkürzung der Wochenarbeitszeit verabschieden.«

Helmut Lense, Stuttgart

»Wir dürfen das Thema der 40-Stünder nicht unterschätzen. Bei Daimler-Chrysler haben wir durch dieses Thema enorme Spannungen, weil bei gleicher Arbeit und unterschiedlicher Arbeitszeit natürlich auch die Bezahlung unterschiedlich ist. Jeder kann sich ausrechnen, das sind etwa 14 Prozent.«

Axel Dirks, Wuppertal

»Meine Delegierten und unsere Vertreterversammlung haben gesagt: Kommt nicht mit der Forderung nach der 32-Stunden-Woche nach Hause, die ist bei uns nicht diskutiert und sie ist nicht akzeptiert.«

Ingeborg Borchers, Salzgitter

»Ich komme aus dem Stahlbereich. Wenn ich nach diesem Gewerkschaftstag in den Betrieb zurückkommen und sagen würde, ich habe an einem Gewerkschaftstag teilgenommen, der unter dem Motto »Aufbruch« steht, würden mir die Kolleginnen und Kollegen nicht abnehmen, dass wir die Wochenarbeitszeit ausgeklammert haben. Die würden eher sagen, und so sehe ich das auch: das ist ein Einbruch, kein Aufbruch.«

Fax-Abruf ▶ Einen Überblick über den Inhalt der übrigen Entschlüsseungen 1 bis 8 gibt es unter 02 21-30 36 94 14 03 (zwei Seiten)
Internet ▶ www.igmetall.de/gewerkschaftstag/